Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 27 (2008)

Artikel: Theorien und Ideologien der 68er-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland

Autor: Kraushaar, Wolfgang

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077958

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Theorien und Ideologien der 68er-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland

Wolfgang Kraushaar

Eine paradoxe Entwicklung ist zu beobachten: Je mehr der zeitliche Abstand zu den ausserparlamentarischen Bewegungen um das Jahr 1968 wächst, desto vehementer wird in der Öffentlichkeit über ihren Verlauf, die Motive ihrer Akteure und die von ihnen ausgegangenen Impulse zur Gesellschaftsveränderung gestritten. Doch bislang existiert weder eine umfassende Geschichte der 68er-Bewegung noch eine kohärente Beschreibung der von ihr rezipierten Theorien bzw. der von ihr propagierten Ideen. Dieser bewegungs- wie theoriengeschichtliche Mangel ist alles andere als Zufall. Denn die 68er-Geschichte war ebenso kurz wie komplex, ebenso dicht wie spannungsgeladen und kaum weniger verwirrend als rasant. Wer die theoretischen Grundorientierungen beschreiben will, ohne sich im Dickicht von Partialentwicklungen zu verlieren, der muss bereit sein, grössere Linien zu ziehen.

Die Vorstellung, es habe ein theoretisch kohärentes Selbstverständnis der Bewegungsformen und -ziele gegeben, ist aber irreführend. Es war vor allem die Dynamik einer intellektuellen Suchbewegung, die um 1968 Radikalisierungs-, Innovations- und Differenzierungsschübe freigesetzt hat. Von expliziten «68er-Ideen» sprechen zu wollen, wäre auch unangemessen. Denn es ging weniger darum, bestimmte Ideen zu verwirklichen. Die Theorie selbst war utopisch besetzt. Es existierte eine Art Sehnsucht, «Allgemeinbegriffe zu leben», gar einen «Rausch der Verallgemeinerung» zu geniessen.[1] Der Horizont der Gesellschaftsveränderung sollte offen bleiben. Dabei war häufig unklar, ob diese Einstellung programmatischen Charakter besass oder nur das Resultat einer verbreiteten Verlegenheit war.

Die 68er-Bewegung war vor allem eines: Kritik, Kritik an den bestehenden Verhältnissen in jeder nur denkbaren Hinsicht. Ihre destruktive Kraft war weitaus grösser als ihre konstruktive. Nichts schien vor ihr Bestand zu haben: Religiöser Glauben, weltanschauliche Überzeugungen, wissenschaftliche Gewissheiten, staatsbürgerliche Pflichten und Tugenden. Eindeutig im Vordergrund stand die Rezeption bereits vorhandener Theorietraditionen, vornehmlich marxistischer Couleur. Die Produktion eigener, am vorhandenen Fundus gemessen, neuer Ideen war sekundär. Vorrangige Absicht war es gerade nicht, eine möglichst umfassende System- oder Gesellschaftstheorie zu entwickeln. Es ging eher darum, aus unterdrückten, verbotenen, versprengten und marginalisierten Traditionen jene Theoreme

1 Michael Rutschky, *Erfahrungshunger. Ein Essay über die siebziger Jahre*, Köln 1980, S. 40f.

zu rekonstruieren, die für die Analyse der Gegenwart von einer nur höchst unzureichend gewürdigten Bedeutung waren.[2] Es war die grosse Zeit der Wiederentdeckungen.

Der Marxismus, die Psychoanalyse, die analytische Sozialpsychologie, die Kapitalismus-, die Klassen- und die Imperialismustheorie galt es wieder aufzugreifen, zu überprüfen und nach einer Unterbrechung von Jahrzehnten erneut einzubringen. Deshalb stand auch der Kontakt zu exilierten Theoretikern unter einem besonderen Stern. Sie schienen der Beweis dafür zu sein, dass es möglich war, unterbundene und abgeschnittene Traditionszusammenhänge erneut aufzunehmen und fortzusetzen. Und es war die Zeit der Aussenseiter, der Häretiker, der Dissidenten. Bei aller Orientierung an den grossen, Traditionen begründenden Namen: Die Sympathien gehörten jenen, fast ausnahmslos jüdischen Intellektuellen, die wie Theodor W. Adorno, Ernst Bloch, Norbert Elias, Max Horkheimer, Siegfried Kracauer, Leo Löwenthal, Herbert Marcuse und Alfred Sohn-Rethel in gewisser Weise als Treibgut der Geschichte wirkten. Ihre gesellschaftliche Aussenseiterrolle schien sie in den Augen der Studenten gegen Konformismus immunisiert zu haben. Deshalb galten sie, zuweilen völlig ungerechtfertigt, als Vorbilder für eine theoretische ebenso wie eine politische Radikalisierung.

Es waren drei grundlegende Kritiken, die den Kanon an neu gewonnenen Überzeugungen bestimmten: Der Antifaschismus, der Antikapitalismus und der Antiimperialismus. Die erste Kritik richtete sich gegen die Nichtauseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die zweite gegen eine auf Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit basierende Wirtschaftsordnung und die dritte gegen die Auspowerung der Länder der Dritten Welt durch die der Ersten und der Zweiten. Die Verzahnung dieser drei Metakritiken verband Ende der sechziger Jahre die unterschiedlichsten Tendenzen und Fraktionen in SDS und APO miteinander: Den antiautoritären mit dem traditionalistischen Flügel, die undogmatischen mit den dogmatischen Strömungen und bis zu einem gewissen Grad sogar die reformistischen mit den revolutionären Kräften. Sie bildeten eine zwar widersprüchliche, im Zuge bestimmter Mobilisierungen jedoch auch handlungsfähige Einheit. Bezeichnend war auch, dass der Sowjetkommunismus und mit ihm ein wesentlicher Teil der linken Vergangenheit nicht Gegenstand der drei Grundkritiken war. Mitte der sechziger Jahre hatte sich eine Art Paradigmenwechsel abgespielt. Viele der linken studentischen Gruppen, für die die Ablehnung des Poststalinismus in der Sowjetunion wie in der DDR lange Zeit Selbstverständlichkeit besass, waren von einer antitotalitären, gegen

2 Vgl. Claus-Dieter Krohn, «Die Entdeckung des 'anderen Deutschland' in der intellektuellen Protestbewegung der 1960er Jahre in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten», in: *Exilforschung – Ein Internationales Jahrbuch*, Bd. 13: *Kulturtransfer im Exil*, hg. von Claus-Dieter Krohn, Erwin Rotermund, Lutz Winckler, Wulf Koepke, München 1995, S. 16–51.

diktatorische Herrschaftsformen insgesamt gerichteten zu einer antifaschistischen Weltanschauung gewechselt.[3]

Bezeichnend war, dass nunmehr von einem allgemeinen System des Faschismus und nicht mehr von einem historisch wie theoretisch zu spezifizierenden Nationalsozialismus ausgegangen wurde.[4] Der antikapitalistische Ansatz machte sich in seiner Tendenz als Blockierung einer eigenständigen Thematisierung der Judenvernichtung bemerkbar. Es dauerte mehr als ein Jahrzehnt, bis auf dem Umweg über die öffentliche Resonanz einer gleichnamigen Fernsehserie der Holocaust ins Zentrum der analytischen Bemühungen rückte. Insofern konnte es nicht weiter verwundern, dass mit Hannah Arendt eine der Klassikerinnen der Totalitarismustheorie erst danach ins Blickfeld des Interesses rückte.[5]

Die Fundamentalkritik der APO (1967–1969)

Mit der im November 1966 gebildeten Grossen Koalition änderte sich die politische Situation in der Bundesrepublik massgeblich. Durch die Einbindung der SPD in die Bundesregierung wurde die Rolle der innerparlamentarischen Opposition zwar nicht vakant, schliesslich war mit der FDP noch eine weitere Partei im Bundestag vertreten, jedoch massgeblich geschwächt. In dieses Vakuum konnte bald eine durch den SDS radikalisierte Studentenbewegung vorstossen und schliesslich den Part einer neuen, nun ausserhalb des Parlaments agierenden Opposition übernehmen.

Ein kritisches Potential existierte zu diesem Zeitpunkt lediglich an der Freien Universität in West-Berlin, die sich bereits seit zwei Jahren in einer politischen Krise befand. Der 2. Juni 1967 war schliesslich der Moment, in dem der Funke zündete und übersprang. Der Schuss, mit dem der Germanistikstudent Benno Ohnesorg am Rande einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien tödlich getroffen wurde, wirkte wie ein Fanal. Das Gespenst des Polizeistaats schien plötzlich im Raum zu stehen. Mit einem Schlag griff die Campus-Revolte von West-Berlin auf Westdeutschland über und breitete sich an nahezu allen Hochschulen aus. Nun ging es jedoch nicht mehr nur um Fragen der Hochschulreform, sondern um das Ungenügen der parlamentarischen Demokratie insgesamt.

3 Vgl. Wolfgang Kraushaar, «Von der Totalitarismus- zur Faschismustheorie. Zu einem Paradigmenwechsel in der Theoriepolitik der Studentenbewegung», in: Alfons Söllner, Ralf Walkenhaus, Karin Wieland (Hg.), *Totalitarismus – eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, S. 267–283.

4 Prototypisch für diese Tendenz war ein Schüler des Marburger Politikwissenschaftlers Wolfgang Abendroth, dessen Schriften zur Kanonisierung eines ökonomistisch reduzierten Verständnisses der NS-Herrschaft führten: Reinhard Kühnl, *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus*, Reinbek 1971.

5 Vgl. Wolfgang Kraushaar, «Hannah Arendt und die Studentenbewegung. Anmerkungen zum Briefwechsel zwischen Hans-Jürgen Benedict und Hannah Arendt», in: *Mittelweg 36* 17 (Februar/März 2008), Heft 1, S. 9–13.

Die Funktionsfähigkeit des Parlaments war in der ersten Hälfte der sechziger Jahre mehr und mehr in Zweifel gezogen worden. Idealtypisch als der Ort gedacht, an dem die demokratische Willensbildung im Widerstreit der Meinungen ihren Abschluss finde, konnte dieses Bild schon allein wegen des offenkundigen Mangels an Beteiligung nicht mehr ungebrochen aufrechterhalten werden. Die im SDS formulierte Parlamentarismuskritik nahm eine Vielzahl der von der Politikwissenschaft ausgebreiteten Motive auf, begriff sie aber als Symptome eines tiefer liegenden Sachverhalts. Die Prämisse lautete: Kapitalismus und Demokratie, die ihren Namen wirklich verdiene, würden sich gegenseitig ausschliessen. Auf der Basis kapitalistischer Produktionsbedingungen könne, weil das Privateigentum an den Produktionsmitteln als entscheidender Machtfaktor auch die politische Sphäre bestimme, sich immer nur ein Staat durchsetzen, der auch die Interessen des Kapitals verfolge.

Der Berliner Politologe Johannes Agnoli hatte 1967 eine Kritik des bürgerlichen Verfassungsstaates vorgelegt, die wesentliche Elemente einer marxistischen Parlamentarismuskritik enthielt.[6] Nach seiner Ansicht vollzog sich im modernen parlamentarischen System ein tief greifender Strukturwandel. Die demokratischen Parteien, Verfassung und Staat entwickelten sich in autoritär orientierte vor- oder antiparlamentarische Formen zurück. Agnoli bezeichnete diesen Prozess im Gegensatz zur Evolution als «Involution». Mit diesem Terminus charakterisierte er die «Transformation der Demokratie», die auf eine Modernisierung der Herrschaftsformen aus sei, als eine Kette historischer Rückschritte. Besonderes Merkmal sei nun aber, dass sie die Verfassungsnormen und -formen, anstatt sich gegen sie zu richten, umzufunktionalisieren versuchten. Dadurch stelle sich ein paradox erscheinender, dem zugrunde liegenden Antagonismus aber durchaus adäquater Zustand ein: Das Instrumentarium des Verfassungsstaates würde unter Beibehaltung seiner Normen verfeinert.

Das politische System nehme in immer stärkerem Masse die Form eines korporatistischen Blocks an. Organisationen, die einstmals bestimmte Interessen vertraten, die mit anderen nahezu zwangsläufig in Konflikt geraten mussten, verwandelten sich insgeheim in staatspolitische Vereinigungen. Der Antagonismus der Klassengesellschaft, der sozioökonomisch unvermindert anhalte, reduziere sich auf die Pluralität von Parteien, die wie nach dem Muster einer Einheitspartei funktionierten. Aus Klassen- seien Volksparteien geworden, deren Konkurrenzgebaren immer mehr zum Schein werde. Und das Parlament, die eigentliche Krone der westlichen Demokratien, spiele die Rolle eines «Transmissionsriemens der Entscheidungen politischer Oligarchien».

6 Johannes Agnoli, Peter Brückner, *Die Transformation der Demokratie*, West-Berlin 1967.

Agnolis Parlamentarismuskritik entsprach in mehrfacher Hinsicht der radikaldemokratischen Kritik an der Grossen Koalition, zugleich aber besass sie auch eine suggestive Qualität. Ohne es direkt auszusprechen, legte sie nahe, dass gegen die drohende Gefahr eines neuen Faschismus nur der Klassenkampf eine wirksame Gegenwehr darstelle.[7] Die Diagnose eines rapiden Schwunds an innerparlamentarischer Demokratie konnte insofern nicht nur als Ausgangsbedingung für die Entstehung einer ausserparlamentarischen Opposition begriffen werden, sondern auch als Auftakt zum Klassenkampf, in dem das Ziel verfolgt werden sollte, ein Gegenmodell zum Parlamentarismus zu etablieren. Die damals nicht nur vom SDS propagierte Alternative lautete: Rätedemokratie.[8] Eine rätedemokratische Herrschaft, so die Überzeugung, sei nur denkbar auf der Basis vergesellschafteter Produktionsmittel, also als politische Form sozialistischer Produktionsverhältnisse. Wenn es nicht gelänge, die errungene politische Macht auch in eine Änderung der Eigentumsverhältnisse umzusetzen, dann bleibe die Niederlage im Klassenkampf unausweichlich.

Agnolis Modell der Parlamentarismuskritik, dem eine konstitutive Illiberalität und ein Anti-Pluralismus inhärent sind, stammte in ihrem Kern jedoch aus der präfaschistischen Liberalismuskritik Italiens;[9] sie war von dem Elitetheoretiker Vilfredo Pareto verfasst worden, der bereits 1920 von einer «trasformazione della democrazia» geschrieben hatte. Der aus Südtirol stammende und 2003 verstorbene Agnoli war ursprünglich selbst ein Mussolini-Anhänger und hatte sich 1943 aus Begeisterung für die Deutschen zur Wehrmacht gemeldet und war dann bis Kriegsende in Jugoslawien zur Partisanenbekämpfung eingesetzt worden.

Der autoritäre Staat und der autoritäre Charakter

Die Mobilisierungserfolge der ausserparlamentarischen Bewegung im Sommer 1967 stellten den SDS zwar vor eine Reihe neuer Probleme, trugen jedoch nicht unerheblich dazu bei, dass sich auf der nächsten Delegiertenkonferenz des Studentenbunds im September der undogmatische Flügel durchzusetzen vermochte. Nachdem Rudi Dutschke in einem gemeinsam mit Hans-Jürgen Krahl verfassten Referat zur «Organisation des SDS» die Richtung vorgegeben hatte,[10] gewannen mit den

7 Johannes Agnoli, «Thesen zur Transformation der Demokratie und zur ausserparlamentarischen Opposition», in: *neue kritik* 9 (1968), Nr. 47, S. 31.

8 Zur Rekapitulation der historischen Vorbilder wie der Pariser Kommune und den Räterepubliken von 1918/19 erschien damals ein mit einer programmatischen Einleitung versehenes Lesebuch: Wilfried Gottschalch, *Parlamentarismus und Rätedemokratie*, West-Berlin 1968.

9 Vgl. Wolfgang Kraushaar, «Agnoli, die APO und der konstitutive Illiberalismus seiner Parlamentarismuskritik», in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007), Heft 1, S. 160–179.

10 Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krahl, «Organisationsreferat», in: *diskus – Frankfurter Studentenzeitung* 30 (Februar 1980), Nr. 1–2, S. 6–9; unter dem nicht autorisierten Titel «Sich-Verweigern erfordert

Brüdern Karl Dietrich und Frank Wolff zwei Repräsentanten der Antiautoritären die Wahlen zum Bundesvorstand.

Eine Theorie der antiautoritären Bewegung im eigentlichen Sinne hat nie existiert. Es gab jedoch zwei grundlegende Ausgangstheoreme, die einen Rahmen vorgaben. Die Begründung der antiautoritären Zielsetzungen bezog sich ganz wesentlich auf die Kritische Theorie, insbesondere auf Elemente der von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse entwickelten Gesellschaftsphilosophie:[11] Das Theorem vom autoritären Staat, das Horkheimer 1940 unter dem Eindruck des Hitler-Stalin-Paktes und der Nachricht vom Selbstmord Walter Benjamins formuliert hatte,[12] und die sozialpsychologische Theorie von der autoritären Persönlichkeit, die 1949 im Zusammenhang einer gross angelegten Studie über die Vorurteilsbildung von Adorno u.a. vorgelegt worden war.[13]

Beim Theorem des integralen Etatismus, das in ökonomischer Hinsicht massgeblich auf Überlegungen des Horkheimer-Freundes Friedrich Pollock zurückzuführen ist, geht es um eine Theorie des Monopolkapitalismus, in der der Staat zum Gesamtkapitalisten wird. Bei Beibehaltung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel wird der Konkurrenzmechanismus ausgeschaltet, direkt in die Steuerung des Produktionsprozesses eingegriffen und die Verteilung des Mehrwerts dirigistisch geregelt. Die Massenloyalität wird durch Manipulation der Informationsmedien, letztlich der öffentlichen Meinung, hergestellt. Manipulation tritt, soweit es irgend geht, an die Stelle offener Repression.

Die Theorie der autoritären Persönlichkeit basierte auf einer empirischen Untersuchung, die 1945/46 vor allem unter Angehörigen der amerikanischen Mittelschichten durchgeführt worden war, mit der die Anfälligkeit von Personen für antisemitische Vorurteile und Feindbilder herausgefunden werden sollte. Wesentliche Merkmale des autoritativen, zum Faschismus tendierenden Charakters, so lautete eines der Ergebnisse, waren eine starre Bindung an herrschende Werte wie Unauffälligkeit, Sauberkeit, Erfolgsstreben, Ordnungsliebe, Unterwürfigkeit, Verachtung von Aussenseitern und die Diskriminierung von Fremden und Schwächeren. Die SDS-Studenten gingen davon aus, dass die Demokratie in der Bundesrepublik durch die Fortexistenz autoritärer Persönlichkeiten im Kleinbürgertum und in den Mittel-

Guerilla-Mentalität» wieder veröffentlicht in: Rudi Dutschke, *Geschichte ist machbar*, West-Berlin 1980, S. 94ff.

11 Zur Rolle der Kritischen Theorie für die Studentenbewegung vgl.: Wolfgang Kraushaar (Hg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotow-Cocktail*, Chronologie, Dokumente, Aufsätze, Bd. 1–3, Hamburg 1998.

12 Max Horkheimer, «Autoritärer Staat», in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 5: *«Dialektik der Aufklärung» und Schriften 1940–1950*, hg. von Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt a.M. 1987, S. 293–319.

13 Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson, R. Nevitt Sanford, *The Authoritarian Personality*, New York 1950; gekürzte dt. Ausgabe: Theodor W. Adorno, *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a.M. 1973.

schichten ernsthaft gefährdet sei. In den aggressiven Reaktionen von Passanten auf demonstrierende Studenten glaubte man eine sinnfällige Bestätigung im eigenen Erfahrungsbereich sehen zu können. Als parteipolitischer Ausdruck dieses Potentials galten vor allem die Mitglieder und Wähler der NPD, aber auch Teile von CDU und CSU, selbst der SPD.

In seinem im Mai 1967 in deutscher Übersetzung erschienenen Hauptwerk «Der eindimensionale Mensch» vereinigte Herbert Marcuse die objektive und die subjektive Dimension einer autoritären Gesellschaft.[14] Er analysierte die innere Logik in der Fortentwicklung des modernen Kapitalismus, der zu einer Einheit von «Wohlfahrts- und 'Warfare'-Staat» geworden sei. Als wichtigstes Strukturmoment im neuen Herrschaftssystem definierte er die Verschmelzung von technologischer und politischer Rationalität. Die eindimensionale Gesellschaft, deren Sprache, Denken und Psychologie Marcuse analysierte, sei durch einen umfassenden Verlust an Transzendenz – nicht im Sinne einer metaphysischen, sondern einer sozialen und historischen Kategorie gedacht – gekennzeichnet. Eindimensionalität wird von ihm als die Herrschaft eines «technologischen Apriori» im Anschein einer zunehmenden Erweiterung der Freiheitsmöglichkeiten verstanden. Sie wirke sich aus als Nivellierung von Möglichkeit und Wirklichkeit, als Ersetzung des lebendigen Sprachvermögens durch funktionale Kommunikation und als Reduktion von Erotik auf Sexualität. In der eindimensionalen Gesellschaft setze sich bis in die Sphäre der Intersubjektivität hinein eine paradoxe Logik durch: mit der Rationalisierung des Irrationalen werde die Rationalität selber irrational. Unter dem Prinzip produktiv-destruktiver Vergesellschaftung lasse sich keine zwingende politische Alternative mehr formulieren.

Dennoch glaubte Marcuse in der Bürgerrechtsbewegung und der sozialen Unruhe in den Schwarzen-Ghettos gewisse Anzeichen für eine Durchbrechung der vom System hervorgebrachten und so scheinbar hermetisch funktionierenden Integrationsmechanismen erkennen zu können. Auf die Randgruppen der hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ging er in einem ebenso umstrittenen wie einflussreichen Aufsatz ein, der im Oktober 1966 unter dem Titel «Repressive Toleranz» erschien. Den Stein des Anstosses stellte eine Passage dar, in der Marcuse den unterdrückten Minderheiten «ein 'Naturrecht' auf Widerstand»[15] zugestand. Was Marcuse hier den rebellierenden Schwarzen mit Emphase einzuräumen bereit war, das reklamierte er auch für die Aufständischen, die sich in Lateinamerika, Afrika und Asien gegen Kolonialmacht und Imperialismus erhoben.

14 Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied/West-Berlin 1967.

15 Herbert Marcuse, «Repressive Toleranz», in: Robert Paul Wolff, Barrington Moore, Herbert Marcuse, *Kritik der reinen Toleranz*, Frankfurt a.M. 1965, S. 127f.

Die Identifikation mit der Dritten Welt

Noch sehr viel ungeschützter als Marcuse hatte sich Jean-Paul Sartre zur Gewaltfrage in einem Text geäussert, der wie ein Fanal wirkte. Unter dem Eindruck eines immer weiter eskalierenden Algerienkrieges, dessen Terroraktionen auch Paris erreichten, einer gefährdeten Entkolonialisierung, bei deren Unterminierung man im Kongo selbst vor der Entführung und Ermordung von Ministerpräsident Patrice Lumumba nicht zurückgeschreckt war, hatte er 1961 ein Vorwort zu einem Buch verfasst, dessen Titel der Anfangszeile der Kommunistischen Internationale entliehen war und das bald als «antikolonialistisches Manifest» bezeichnet wurde: Frantz Fanons «Die Verdammten dieser Erde».[16] Wie ein düsteres Omen wirkte der tragische Sachverhalt, dass der Band genau an jenem Tag erschien, als sein Autor in New York an Leukämie starb. Der aus Martinique stammende Psychiater, der jahrelang eine Klinik in Algerien leitete, beschreibt darin den Kolonialismus als brutalste Form der Ausbeutung. Um dieses Joch abzuschütteln, bedürfe es der offensiven Gewalt. Diese sei jedoch nicht nur Mittel zum Zweck, sondern ein Medium der Emanzipation.

Sartre griff nun diese Apotheose der Gewalt auf, sprach, Engels zitierend, von einer «Geburtshelferin der Geschichte» und verspottete im Gegensatz dazu die liberalen Verfechter der Gewaltlosigkeit, die weder Opfer noch Henker sein wollten, als Anhänger einer verlogenen Ideologie. Die antikoloniale Gewalt, die nicht unterdrückt werden könne, sei «nichts weiter als der sich neu schaffende Mensch». Als 1966 die deutsche Übersetzung des Bandes erschien, konzentrierten sich die stärksten Hoffnungen der radikalen Studenten noch auf Lateinamerika. Hier gab es mit Kuba das Beispiel einer scheinbar erfolgreichen Revolution und mit den Operationen von Guerillakämpfern in Bolivien und Venezuela zeitweilig die Aussicht auf ein Übergreifen des revolutionären Prozesses auf den südamerikanischen Kontinent. Mit Elementen der Imperialismustheorien von Luxemburg, Lenin und Bucharin versuchte man im SDS zur selben Zeit den Nachweis zu erbringen, dass die Kapitalakkumulation auch in den Entwicklungsländern zur Proletarisierung führen müsse.[17] Absicht war es, einen ökonomischen Rahmen zu skizzieren, der die Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten und die Oppositionsbewegungen in der Ersten Welt in einem global gedachten Revolutionskonzept miteinander verband.

16 Jean-Paul Sartre, «Vorwort» zu: Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a.M. 1966. Die Übersetzung verfasste das Westberliner SDS-Mitglied Traugott König.

17 Verstärkt wurden von SDS-Mitgliedern Anstrengungen unternommen, aktuelle Analysen des Kolonialismus und Imperialismus ins Deutsche zu übersetzen: Pierre Jalée, *Die Ausbeutung der Dritten Welt*, Frankfurt a.M. 1968; Pierre Jalée, *Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft*, Frankfurt a.M. 1969; Harry Magdoff, Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt a.M. 1969; André Gunder Frank, *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt a.M. 1969.

Im Zuge der Eskalation des Vietnamkrieges hat schliesslich der Vietcong die lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen in ihrer Vorbildfunktion mehr und mehr zu ersetzen vermocht. Es waren führende SDS-Mitglieder, wie der Frankfurter Bundesvorsitzende Reimut Reiche, die die wichtigsten Analysen des Vietnamkrieges vorlegten.[18] Der Krieg, den die Grossmacht USA in Südvietnam angeblich im Namen der Freiheit ausfocht, war mehr als nur eine Tausende von Kilometern entfernte Hintergrundkulisse – er war in den Köpfen der 68er allgegenwärtig. Nach einer Plakataktion, die unter der Losung «Amis raus aus Vietnam!» stand, hatte der SDS bereits im Februar 1966 in West-Berlin eine militante Demonstration gegen die Bombardierung der vietnamesischen Zivilbevölkerung mit Napalm durchgeführt; in ihrem Verlauf war der Strassenverkehr durch einen Sitzstreik lahm gelegt und das Amerikahaus mit Eiern beworfen worden.

Auf dem Höhepunkt der Revolte fand dann im Februar 1968 in West-Berlin der «Internationale Vietnam-Kongress» statt. Vor mehreren tausend Teilnehmern hielt Rudi Dutschke den Hauptredebeitrag – Thema: «Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Befreiungskampf». Darin ging er von der Prämisse aus, dass jede radikale Opposition global sein müsse. Die «Befreiungsbewegungen der Dritten Welt» hätten eine vorentscheidende Bedeutung für die «Destabilisierung der imperialistischen Machtzentren in den Metropolen». Als wichtigsten Beitrag im eigenen Land forderte er die Organisierung einer «Anti-NATO-Kampagne»,[19] ergänzt durch eine Desertionskampagne in der Bundeswehr.

Die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt dienten der 68er-Bewegung als «Projektionsbühne»[20] für ihre im eigenen Land mehr oder weniger gegenstandslosen revolutionären Hoffnungen. In der Identifikation mit dem Vietcong wollte man selbst in die Rolle einer Partisanengruppe schlüpfen und in der Heroisierung von Che Guevara, Fidel Castro und Ho Chi Minh sich in die Figuren revolutionärer Führer hinein phantasieren. Indem man sich als Teil internationaler Solidarität verstand, versuchte man zugleich an einem globalen Mythos teilzuhaben und sich auf diesem Umweg einen revolutionären Nimbus beizumessen.

18 Jürgen Horlemann, Peter Gäng, *Vietnam – Analyse eines Exempels*, Frankfurt a.M. 1966; Peter Gäng, Reimut Reiche, *Modelle der kolonialen Revolution*, Frankfurt a.M. 1967; Jürgen Horlemann, *Modelle der kolonialen Konterrevolution*, Frankfurt a.M. 1968.

19 Rudi Dutschke, «Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Befreiungskampf», in: Sibylle Plogstedt (Red.), *Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongress 17./18. Februar 1968 West-Berlin*, West-Berlin 1968, S. 115.

20 So die selbstkritische Formulierung des ehemaligen SDS-Bundesvorstandsmitglieds Peter Gäng, der mit seinen Publikationen damals als einer der Vietnam-Experten gegolten hatte: Werner Balsen, Karl Rössel, *Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik*, Köln 1986, S. 255.

Der Zerfall der 68er-Bewegung

In einem unmittelbaren politischen Sinne ist die antiautoritäre Bewegung fast auf der ganzen Linie gescheitert. Zwar gelang es unter Aufbietung aller Kräfte, 1969 den Einzug der NPD in den Bundestag zu verhindern, die Hauptziele jedoch wurden allesamt verfehlt. Die viel beschworene Einheit von Arbeiter- und Studentenbewegung, wie sie zum allgemeinen Erstaunen zur gleichen Zeit in Frankreich möglich geworden war, blieb in der Bundesrepublik eine Chimäre. Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 hatte die APO ihren Zenit überschritten. Die Struktur des Axel-Springer-Verlags blieb unangetastet, die Hochschulreform erwies sich rasch als Enttäuschung und die hochfliegenden revolutionären Erwartungen blieben auf der ganzen Linie unerfüllt.

Was folgte, war eine innere Radikalisierung, die nicht unerhebliche Teile in die Gewalt trieb. Der Antiautoritarismus, der in so rasanter Weise über alle konkurrierenden politischen Strömungen obsiegt hatte, wurde zu seinem eigenen Opfer. Da es sein insgeheimes Gesetz war, immer in Bewegung zu bleiben, musste diese Logik unter veränderten Aussenkoordinaten in die Selbstzerstörung führen. Dynamik, Intensität und Tempo waren zu Charakteristika der 68er-Bewegung geworden. Ihre Binnendynamik setzte sich immer weiter fort und führte zu endlosen Konflikten innerhalb der eigenen Reihen. Die Affinität etwa zur chinesischen Kulturrevolution, die auf einer völligen Verkennung des Maoismus als eines eigenständigen Typus totalitärer Herrschaft basierte, resultierte in hohem Masse aus der Identifikation mit dem Permanenzideal eines revolutionären Prozesses. Das paradoxe Umschlagen einer zunächst äusserst erfolgreichen Ausbreitung der Bewegungsformen und -ziele in eine zunehmende Destruktion wurde von den meisten zwar als quälend erlebt, aber nicht durchschaut.

Im Winter 1968/69 setzte überall ein Prozess der Umorientierung ein, der rasch zur Zersplitterung und einer Fetischisierung von Organisationsformen führte. Innerhalb von nur wenigen Monaten fiel der SDS faktisch auseinander. Die Antiautoritären schienen durch die nachlassende Mobilisierung auf der Strasse und die infolge der Bildung einer sozialliberalen Koalition veränderte politische Lage wie paralysiert, das Wort übernahmen radikal orthodoxe Kräfte – Neoleninisten und Maoisten. Während der grösste Teil der alten APO von der SPD und der neu gegründeten DKP aufgesogen wurde, bildeten sich in kurzer Zeit landauf landab kommunistische Kadergruppen, die sich in völliger Verkennung ihrer wirklichen Rolle als Vorhut der Arbeiterbewegung begriffen. Damit waren die Weichen für ein Jahrzehnt gestellt. Die aktivsten studentischen Gruppen zogen zielstrebig in eine politische Sackgasse, aus der einen Ausweg zu finden kaum noch möglich zu sein schien.

Die Marxismus-Renaissance zur Zeit der Reformära

Mit der Bildung einer Bundesregierung, die mit dem Sozialdemokraten Willy Brandt an der Spitze eine Reformpolitik einzuleiten versprach, entfielen die meisten Voraussetzungen zur Fortführung einer ausserparlamentarischen Bewegung. Einige der von der APO freigesetzten Impulse, insbesondere im Bereich der Bildungspolitik, wurden aufgegriffen, andere hingegen eingedämmt oder ganz abgeschnitten. Die Koalition von SPD und FDP legte einerseits mit dem Amnestiegesetz für Demonstrationsstraftäter ein Integrationsangebot vor, andererseits lieferte sie mit dem Radikalenerlass, durch den Systemgegner vom Staatsdienst ferngehalten werden sollten, ein Zeichen der Abschreckung. Zwar wuchs das Potential links von der SPD quantitativ stark an, es stellte jedoch wegen seiner Diffusität keine einheitliche Kraft mehr dar und büsste dadurch viel vom Charakter einer politischen Herausforderung ein.

Als sich im März 1970 der SDS formell auflöste, waren die Weichenstellungen für die Entwicklung der radikalen Linken der siebziger Jahre bereits weitgehend vollzogen. Aus der 68er-Bewegung waren zu diesem Zeitpunkt vier Grundströmungen entstanden:

- eine reformistische, die ihre stärkste Bastion in der Jugendorganisation der SPD, den Jungsozialisten, besass;
- eine traditionell kommunistische, die nach der Legalisierung einer kommunistischen Partei in der DKP ihre Heimat zu finden glaubte;
- eine marxistisch-leninistische, die ihr Heil im Proletkult der zwanziger Jahre und in der Gründung vermeintlich revolutionärer Kaderorganisationen suchte, und
- eine undogmatisch-neomarxistische, die im Sozialistischen Büro (SB) eine Art Netzwerkzentrale fand, deren Bedeutung erst im Laufe der Jahre sichtbar wurde.

Einerseits waren diese Strömungen durch eine hektische Aufbruchstimmung geprägt, andererseits aber sass die deprimierende Erfahrung einer grundlegenden politischen Niederlage immer noch tief. Diese Zwiespältigkeit führte bereits im Ansatz zu einer Verbissenheit in den meisten ihrer politischen Aktivitäten. Mit organisatorischer Entschlossenheit sollte nun das erreicht werden, was in der Form einer lockeren, zum Teil spontanen Protestbewegung nicht hatte vollbracht werden können. Deshalb galt es zuerst einmal die «Organisationsfrage» zu lösen.

Die Universität, an denen sich Rote Zellen (RZ) auszubreiten begannen, war nicht länger mehr der zentrale Ort, von dem aus die politische Arbeit organisiert wurde. Die Auseinandersetzungen konzentrierten sich zunehmend auf ausseruniversitäre Bereiche, auf Stadtteile und insbesondere auf Betriebe. Betriebsarbeit hatte für die entschiedensten der linksradikalen Gruppierungen Priorität. Denn der Adressat war in erster Linie die Arbeiterschaft. Sie galt es vor allem zu gewinnen, weil sie

als das einzig Erfolg versprechende revolutionäre Subjekt galt. Die Tatsache, dass es im September 1969 unter Stahlarbeitern zu wilden Streiks gekommen war, wurde als Zeichen für ein neues Selbstbewusstsein gewertet.

In dieser Übergangsphase spielte eines der klassischen Werke des westlichen Marxismus eine wichtige Rolle. Über die Auseinandersetzung mit Georg Lukàcs' frühem Werk «Geschichte und Klassenbewusstsein», insbesondere seinem berühmten Kapitel über «Die Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats»,[21] vollzog sich eine Hinwendung zum Leninismus. Die zeitweilige Dominanz jener Strömungen, die sich auf die Kritische Theorie beriefen, schien nun endgültig vorüber zu sein. Das jedenfalls war der Eindruck, als im Februar 1970 in der Heidelberger Studentenzeitung «Rotes Forum» eine polemische «Abrechnung» erschien. In einem von Joscha Schmierer verfassten Aufsatz wurde die Kritische Theorie als «die geschwätzig gewordene Resignation über den Faschismus» denunziert.[22] Der spätere Sekretär des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) propagierte dagegen die Organisationsprinzipien Lenins und fordert eine «richtige Anwendung» der Ideen Mao Tse-tungs und des Marxismus-Leninismus auf die Bedingungen des Klassenkampfes.

Die Fixierung auf die Arbeiterbewegung als das einzig denkbare revolutionäre Subjekt führte zur Entstehung zahlreicher ML-Gruppen und zur Bildung verschiedener pseudoproletarischer Parteien. Nachdem genau 50 Jahre nach Gründung der KPD zur Jahreswende 1968/69 in Hamburg eine KPD/ML aus der Taufe gehoben worden war, entstand 1971 in West-Berlin eine weitere, mit ihr konkurrierende KPD, die ihr Zentrum bald nach Köln verlagerte, um näher am Ruhrgebiet zu sein, im selben Jahr in Norddeutschland ein Kommunistischer Bund (KB) und 1973 in Bremen der KBW. Auch die im Mai 1970 erfolgte Gründung der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF), deren Mitglieder sich als «Leninisten mit Knarre» verstanden, muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die bewaffnete Kaderorganisation, die wie keine andere das innenpolitische Klima in der Bundesrepublik vergiftete, gab vor, Teil eines grösseren Ganzen, einer Art proletarischen Kampfzusammenhanges, zu sein.

Es dauerte eine gewisse Zeit, bis sich als Gegenreaktion auf die das Bild der Öffentlichkeit zeitweilig dominierenden K-Gruppen spontaneistische und andere undogmatische Strömungen herausbildeten, die ihr Zentrum in Frankfurt hatten und sich in der Tradition der Antiautoritären begriffen. Da es ihnen darauf ankam, ein

21 Georg Lukàcs, *Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik*, Neuwied/Berlin 1968, S. 257–397.

22 Joscha Schmierer, «Die theoretische Auseinandersetzung vorantreiben und die Reste bürgerlicher Ideologie entschieden bekämpfen – Die Kritische Theorie und die Studentenbewegung», in: *Rotes Forum* vom 2. Februar 1970, Nr. 1, S. 29–36.

eigenes Milieu auszubilden, in dem sie mit alternativen Lebensformen experimentieren konnten, konzentrierten sie sich auf Hausbesetzungen, Mietstreiks und andere Formen der so genannten Stadtteilarbeit.

Die Reaktivierung des Marxismus als einer lange Zeit unterdrückten und diskreditierten theoretischen Tradition war eine der wenigen Gemeinsamkeiten, die es für die vielfältig aufgespaltenen Überreste der 68er-Bewegung gab. In der systematischen Rezeption der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, die den Status einer Basiswissenschaft einnahm, versprachen sich fast alle Gruppierungen die Schaffung einer theoretischen Grundlage für die Klärung politischer Aufgaben und Problemstellungen. Fast überall entstanden Schulungsgruppen, die sich an einer Lektüre des Marxschen «Kapitals» abarbeiteten.[23] In der Warenanalyse glaubte man einen Schlüssel zur Behandlung tagespolitischer Fragen ebenso wie langfristig strategischer Zielsetzungen finden zu können. Das Verhältnis von Ware und Geld, die Analyse des Fetischcharakters der Ware, die Mehrwertproduktion und die Akkumulation des Kapitals schienen von vorrangiger Bedeutung zu sein. Es entstand ein theoretischer Schematismus, der in den USA bald als «German Ableitungsmarxism» verspottet wurde.

Und während sich die unterschiedlichsten linken Gruppierungen theoretisch wie praktisch um die Vorherrschaft stritten, kristallisierte sich über einzelne Kampagnen eine Kraft heraus, mit der kaum jemand gerechnet hatte – die neue Frauenbewegung. Die öffentliche Selbstbezichtigung einer Reihe prominenter Frauen, Abtreibungen vorgenommen zu haben, erwies sich als ein erster Kristallisationskern.[24] Nachdem sich Gruppierungen wie der aus internen Auseinandersetzungen mit der Vorherrschaft der Männer im SDS entstandene Aktionsrat zur Befreiung der Frau und der Weiberrat noch mit sozialistischen Klassikerinnen wie Clara Zetkin zur so genannten Frauenfrage abgemüht hatten, erschienen bald in rascher Abfolge auch theoretisch anspruchsvolle Werke zeitgenössischer Autorinnen. Themen wie Rechtsgleichheit, sexuelle Ausbeutung und Lohn für Hausarbeit gewannen zunehmend an öffentlicher Aufmerksamkeit. Im Schatten einer ebenso zersplitterten wie zerstrittenen Linken war die Frauenbewegung als eigenständige Kraft entstanden.

Ökologische Fundamentalkritik und Renaissance der Protestbewegungen

Als an einem jüdischen Feiertag im Oktober 1973 Ägypten und Syrien gemeinsam Israel überfielen und an den Rand einer militärischen Niederlage drängten, wurde

23 Vgl. etwa den Band: Marx-Arbeitsgruppe Historiker (Hg.), *Zur Kritik der politischen Ökonomie. Einführung in das «Kapital»*, Band I, Frankfurt a.M. 1972.

24 Vgl. *Frauen gegen den § 218. 18 Protokolle*, aufgezeichnet von Alice Schwarzer, Frankfurt a.M. 1971.

mit dem Jom-Kippur-Krieg ein Ölpreisschock und durch diesen wiederum eine Weltwirtschaftskrise ausgelöst. Die Konjunktur brach in der Bundesrepublik nahezu schlagartig in sich zusammen, eine Rezession breitete sich aus und führte zu einem gravierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit. Bundeskanzler Willy Brandt trat im Mai 1974 zurück und wurde von dem pragmatisch orientierten Helmut Schmidt abgelöst. Die Reformära war damit zu Ende. Begonnen hatte auch die Zeit der strukturellen Arbeitslosigkeit. Sie war auf die Entscheidung der OPEC-Staaten zurückzuführen, den Preis des Rohöls nach oben zu schrauben.

Unter diesen Voraussetzungen setzte bald ein grundlegender Wandel im Verständnis von Produktivität und gesellschaftlichem Fortschritt ein, den einer der führenden linken Intellektuellen bereits wegen des vernachlässigten Themas Umweltschutz prognostiziert hatte. Im Oktober 1973 war im «Kursbuch» ein Titelaufsatz erschienen, in dem Hans Magnus Enzensberger eine «Kritik der politischen Ökologie» formuliert hatte.[25] Zur selben Zeit erschien nicht nur ein erstes auflagenstarkes Werk zum Konfliktthema Atomenergie,[26] es begann auch die Hochzeit der Anti-AKW-Bewegung: Auf Proteste in Wyhl folgten weitere in Brokdorf und Gorleben, das als atomares Zwischenlager bis heute in den Schlagzeilen geblieben ist.[27]

Die jahrelang betriebene Kritik der politischen Ökonomie wurde von einer sich an Radikalität überbietenden und zur insgeheimen Apokalyptik neigenden Ökologie- und Technikkritik abgelöst. Der Marxismus geriet nicht nur deshalb in eine Krise, weil er mit seiner Orientierung an Arbeiterbewegung, Klassenkampf und Revolutionstheorie politisch in die Irre geführt hatte, sondern auch weil er auf einem industriellen Produktivismus basierte, der sich als zunehmend problematisch, in der bedenkenlosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen gar als gefährlich erwies. Aus der Anti-AKW-Bewegung entstand ein Spektrum grün-bunt-alternativer Gruppierungen und daraus wiederum jene Kräfte, die mit der Parteigründung der Grünen seit 1980 Schritt für Schritt eine Reintegration der Nach-68er in das parlamentarische System vollzogen haben. Im Zuge dieser Transformation hat sich zugleich ein nicht-explizierter Paradigmenwechsel in den geschichtsphilosophischen Prämissen des Projekts, die Gesellschaft verändern zu wollen, abgespielt. Die Vorstellung, mit dem Arbeitsprozess die Natur beherrschen zu können, steht seitdem ebenso zur Revision wie das Vertrauen, ein angemessenes politisches Handeln basiere auf einem der Geschichte inhärenten Fortschrittsprinzip.

25 Hans Magnus Enzensberger, «Zur Kritik der politischen Ökologie», in: *Kursbuch* 9 (Oktober 1973), Nr. 33, S. 41.
26 Holger Strohm, *Friedlich in die Katastrophe*, Hamburg 1973.
27 Vgl. zu den Anfängen dieser Protestbewegung Dieter Rucht, *Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*, München 1980.